

lich verbreiten. Doch da waren Kohl und Lambsdorff vor. Der Kanzler sagte nur schlicht nein, der Graf erklärte, warum. Wenn man sich nicht positiv für irgendwas festlege, bestehe auch kein Anlaß, sich negativ gegen irgend etwas festzulegen.

Da hatte der Ehrenmann im Grafen offenbar vergessen, daß sein Kanzler und er längst festgelegt sind. Diese Vergeßlichkeit und die Kassenebbe lassen erwarten, daß es nach den Wahlen in Hessen und der Pfalz nach bewährtem Bonner Muster abläuft: Der Verkehrsminister prüft, ob eine Gebühr bei der EG durchgeht. Ergebnis: nein. Der Finanzminister prüft, ob eine Straßenbenutzungsgebühr eine Art Kfz-Steuer ist. Ergebnis: ja.

Und dann wird, es geht eben nicht anders, die Mineralölsteuer erhöht.

Stasi

## Menschlich bewegt

Bundesminister de Maizière gab sein Amt wegen langjähriger Stasi-Kontakte auf, die er selbst noch bestreitet.

**L**othar de Maizière und Gregor Gysi kennen sich seit langem. Als Anwaltskollegen setzten sich beide für die Verfolgten des SED-Regimes ein. Sie blieben einander auch verbunden, als die Wege sich trennten, der eine zum CDU-Vorsitzenden in der DDR, der andere zum Chef der SED-Nachfolgepartei PDS aufstieg.

„So wie ich ihn kenne“, sagt Gregor Gysi, könne er die Vorwürfe, de Maizière habe nicht nur für seine Mandanten, sondern auch für die Staatssicherheit gearbeitet, „nicht glauben“. Hinter den Anschuldigungen vermutet Gysi eine durchsichtige Absicht des Bonner Parteienkartells – DDR-Politiker als ungeeignet für hohe Positionen im vereinten Deutschland abzutun.

Tatsächlich nahmen die Bonner Regierenden de Maizières ruhmlosen Rückzug in einer Mischung aus Erleichterung, schlechtem Gewissen und Beiratschaft zur Heuchelei dankbar zur Kenntnis. Aus der Sicht Helmut Kohls hat sich dieses Personalproblem wie erwartet von selber erledigt.

Die weitere Verwendung des Ex-DDR-Ministerpräsidenten hatte den Kanzler seit Sommer beschäftigt. De Maizières Mission war nach seiner Meinung mit der Wiedervereinigung erfüllt. Daß er sich dabei Verdienste erworben habe, entspricht den Tatsachen.



Ex-Minister de Maizière, Berichterstatter Schäuble: „Den mochte ja niemand hier,

Für Kohl war aber de Maizière nicht nur bequem: Der Pfälzer Katholik konnte mit dem spröden Berliner Protestanten menschlich und politisch wenig anfangen. Er war bereit, ihn in Bonn abzufinden. Die schleichende Abwertung de Maizières schon vor dem Tag der Einheit am 3. Oktober machte es Kohl eher schwer, für Kompensation zu sorgen.

Erst kam de Maizière sogar als Nachfolger für Richard von Weizsäcker als Bundespräsident in die engere Wahl. Danach sollte und wollte er Rita Süsmuth an der Parlamentsspitze beerben, wogegen die sich erfolgreich zur Wehr setzte. Schließlich gab es nur noch die Alternative, entweder Jugend- oder Entwicklungshilfeminister im neuen Kabinett Kohl zu werden.

In Bonn hat der hölzern wirkende Sonderminister kaum Freunde gewonnen. „Den mochte ja niemand hier“, so ein Kabinettsmitglied, „der trug seine Moral so demonstrativ vor sich her.“ Unverständlich blieb den Bonner Polit-Profis de Maizières Wertschätzung für den „Demokraten Hans Modrow“, seinen SED-Vorgänger als DDR-Regierungschef, und die seltsame Treue zu seinem umstrittenen Innenminister Peter-Michael Diestel.

Zur Randfigur, abgeschnitten als Sonderminister für besondere Aufgaben im Palais Schaumburg, war de Maizière schon herabgesunken, ehe die alten Vorwürfe, er sei Stasi-Agent, aufs neue und diesmal belegt auftauchten (SPIEGEL

50/1990). Die Anteilnahme in Regierung und Union war gering, als er am vorigen Montag bekanntgab: Rücktritt als Sonderminister, Verzicht auf neue Ministerwürden. Daß de Maizière seine Parteiämter ruhenlassen möchte – er ist ja Kohls Vize und Landesvorsitzender von Brandenburg –, bringt die CDU in Verlegenheit: Solches sehen die Statuten gar nicht vor.

Staatsmännische Nekrologe ergingen erst nach de Maizières Abgang. Eine „Tragödie“ erblickte Innenminister Wolfgang Schäuble darin. Kohl ließ wissen, er sei „menschlich tief bewegt“, de Maizière genieße weiterhin sein „volles Vertrauen“. Die *Frankfurter Allgemeine* siedelte den Fall „im Grenzbereich“ zwischen Politik und Moral an. Die *Welt* dagegen schritt rigoros zur Umverteilung der Schuld. Das Springer-Blatt forderte, daß Joachim Gauck, der Beauftragte der Bundesregierung für die Stasi-Akten, dessen Bonner Vortrag den Ausschlag zur Demission gab, abgelöst werde.

Gauck hatte einige Fluchtwege verammelt. Nach der SPIEGEL-Veröffentlichung setzte er ein halbes Dutzend Mitarbeiter aus seiner kleinen, selbstbewußten Behörde auf den Fall an. Was die aus den Aktenbergen herauszogen, räumte hier und da vorgeschobene Zweifel aus. Der bedachtsame Gauck stellte entschieden fest: „Die Stasi-Schriftstücke sind keine Fälschung.“

Großen Ärger löste auch aus, daß der Regierungsbeauftragte de Maizière und



der trug seine Moral so demonstrativ vor sich her'

seine Bonner Richter schon am vorletzten Wochenende darauf festnagelte, dank seiner Akten-Ausgrabungen sei es „leichter geworden, eine Entscheidung zu fällen“.

Aus der Hinterlassenschaft des Referats XX/4 der Stasi-Bezirksverwaltung Berlin, zuständig für Kirchen, legte Gauck in Bonn vor:

- ▷ Karteikarten, aus denen sich ergibt, daß der Inoffizielle Stasi-Mitarbeiter (IM) Czerny von Major Hasse geführt wurde; Hasse („De Maizière ist mit Wissen und freiwillig zu Gesprächen mit dem MfS bereit gewesen. Er kannte den Namen Czerny. Ich glaube, er hatte ihn sich selbst ausgesucht“) hatte im SPIEGEL erstmals öffentlich de Maizière bezichtigt, mit Czerny (auch Cerni oder Czerni geschrieben) identisch zu sein;
- ▷ sogenannte Vorgangsbücher, in denen unter der Rubrik Hasse IM Czerny verzeichnet ist;
- ▷ Referatspapiere und Jahresarbeitspläne, aus denen hervorgeht, daß Czerny im Bereich der Synode zum Einsatz komme;
- ▷ vier leere Aktendeckel, in denen Czerny-Berichte abgelegt worden waren, wie die Aufschrift verrät. Der Deckname wurde zwar abgekratzt, aber die Angaben auf den Aktendeckeln stimmen mit jener Karteikarte (XV/3468/81) überein,

die in einer Territorialkartei der Stasi gefunden worden war.

Bei der Präsentation der „Hinweise“, die keine „Beweise“ seien, versuchte Schäuble. Unmögliches: an der gewünschten Legendenbildung im Interesse de Maizières mitzuwirken und zugleich den Tatsachen gerecht zu werden.

Verbindlich im Ton gab er bekannt, er habe Lothar de Maizière mit Gaucks



Kollegen de Maizière, Gysi: Verbündete über Parteigrenzen hinweg

Untersuchungen konfrontiert, die „eben nicht eine Entlastung für ihn bedeuten“, sondern von „Teilen der Öffentlichkeit“ sogar als eine „Verdichtung von Hinweisen“ verstanden würden.

Daß de Maizière und Czerny ein und dieselbe Person sind, stand daraufhin auch für die *Frankfurter Allgemeine* fest und veranlaßte sie zu einer interessanten Frage: „Wäre es denkbar, daß de Maizière seine Kontakte zu jener Kraken-Organisation mit Wissen der Kirche unterhalten hat?“ Als Indiz führte das konservative Meinungsorgan an, „daß sich Kirchenleute wie Bischof Forck gegen den Verdacht wehren, der frühere Vizepräsident der DDR-Synode könne in unlautere Machenschaften mit dem Stasi verstrickt sein, wobei Gespräche – auch über kirchliche Interna – als nicht belastend angesehen werden“.

Zu dieser Überlegung paßt ein knapper Satz im schwer verständlichen Stasi-Deutsch, der sich im internen Kontrollbericht des Referats XX/4 über die Verwendbarkeit von IM XV/3468/81 findet: „Hinweise auf Dekonspiration gegenüber Kirche“. Möglicher Klartext: Es gab Grund zur Annahme, daß sich Czerny gegenüber jenen, die er bespitzeln sollte, als Stasi-Berichterstatter offenbar hatte.

De Maizière selbst bleibt bei seiner Rechtfertigung, daß er keine Verpflichtungserklärung für die Stasi unterschrieben, kein Geld genommen und niemandem Schaden zugefügt habe.

Den Gauck-Bericht wollte Schäuble als „vorläufiges Ergebnis“ verstanden wissen. Sein Urteil hörte sich weniger vorläufig an: „Mehr ist es nicht, aber auch nicht weniger.“

In weiteren Untersuchungen im Auftrag des Innenministeriums soll auch

# Schwert am Faden

Stasi-Akten-Verwalter wehrt sich gegen Bonner Zumutungen

**E**inen Tag nach dem erzwungenen Abgang des Ministerpräsidenten a. D. Lothar de Maizière (CDU) begann die Hatz auf den vermeintlichen Sündenbock Joachim Gauck.

Der Pfarrer und Bürgerrechtler aus Rostock, seit dem 2. Oktober „Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes“, ist der Geheimdienstzunft schon lange suspekt. Ein Theologie-Studium reiche zur Beurteilung der konspirativen Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) eben nicht aus, stichelte jetzt der Direktor des hessischen Verfassungsschutzamtes, Günther Scheicher. Statt der Ost-Amateure müßten endlich westliche Geheimdienstprofis ran – Grund genug für eine gezielte Kampagne.

Prompt meldete der Ost-Berliner *Morgen*, die westdeutschen Dienste seien längst über „die Namen und Einsatzorte sämtlicher 103 000 ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS“ informiert. Weitergehende Nachforschungen seien aber nicht möglich, schrieb das Blatt unter Berufung auf einen „leitenden westdeutschen Staatsschützer“, da die Gauck-Behörde immer noch den Zugriff auf die Stasi-Akten verweigere.

Was der *Morgen* behauptete, bestätigte das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz am vorigen Mittwoch: Stasi-Überläufer hätten Anfang des Jahres Computer-Disketten mit den Mitarbeiter-Namen als Morgengabe mitgebracht – „vom Offizier bis zur Putzfrau“.

Bei der Kampagne gegen Gauck mischten CDU und CSU mit. Eduard Lintner, einst deutschlandpolitischer Sprecher der Unionsfraktion und nun auf der Suche nach einem neuen Arbeitsgebiet, empfahl sich mit der Bemerkung, es sei „unerträglich“, daß immer nur gezielte Einzelfälle ausgebreitet würden. Zur Aufklärung der Stasi-Taten, so auch CSU-Landesgruppenchef Wolfgang Bötsch, müsse eine „Zentrale Untersuchungsstelle“ her.

Die „Zentralstelle“, von der auch der Hesse Scheicher schwadroniert, gibt es längst. Sie heißt nur anders, hat ihren Sitz in Ost-Berlin und mit dem Sonderbeauftragten Gauck einen Chef, der zum Ärgernis wurde, weil er sich hart-

näckig an die Regeln hält, die im August dieses Jahres, kurz vor der Besiegelung des deutschen Einigungsvertrages, von den Abgeordneten der Volkskammer gegen die Wessis erstritten worden sind.

Westdeutsche Geheimdienste, so wurde damals – sehr zum Verdruß des Bonner Innenministeriums – vereinbart (SPIEGEL 36/1990), haben keinen unmittelbaren Zugriff auf die Daten und Akten der Stasi.

Und: Der Chef der Akten-Verwaltung muß ein ehemaliger DDR-Bürger sein. Auf Vorschlag der DDR-Parlamentarier wurde Gauck ernannt – das letzte Zugeständnis an die Bürgerrechtler des Herbstes '89; Gauck hatte für

das Bündnis 90 in der Volkskammer gesessen.

Als Gegenleistung wurde freilich auch Diskretion gegenüber den Betroffenen vereinbart: Nicht nur den Geheimdiensten blieben die Archive verschlossen. Auch den betroffenen Bürgern, die Opfer einer Stasi-Ausspähung waren, wurde – unter Berufung auf den angeblich gefährdeten inneren Frieden im Lande – das Recht auf Akteneinsicht verwehrt: Niemand sollte direkt erfahren, wer ihn bespitzelt, denunziert und an die Stasi verraten hat.

Seither lauert die Ministerialbürokratie in Bonn auf das Leck in der Gauck-Behörde, um den ungeliebten Ossi zu kippen.

Als der Fall de Maizière immer konkreter wurde, mußte sich die Behörde in der Ost-Berliner Behrenstraße hochnotpeinlich befragen lassen: nicht etwa, ob es stimmt, wollten die Bonner wissen, sondern – so ein Mitarbeiter – „nur, von wem es der SPIEGEL hat“.

Spätestens jetzt erwies sich die Ernennung des bayerischen Verwaltungsjuristen Hans Jörg Geiger zum „Direktor“ der Gauck-Behörde – eine Personalle, die der Chef auf den Rat des West-Berliner Datenschutzbeauftragten Hans-Joachim Kerkau eingefädelt hatte – als ein ausgesprochen trickreicher Schachzug.

An dem 48jährigen Geiger, der von 1980 bis zu seinem Wechsel nach Berlin Referent für Datenschutz in der bayerischen Staatskanzlei gewesen war, hat-



**Stasi-Fahnder Gauck**  
Hochnotpeinliche Fragen aus Bonn



**Stasi-Archiv in Leipzig: Lauern auf ein Leck**

ten sich schon die Verfassungsschützer die Zähne ausgebissen. Alle Versuche, den Einigungsvertrag in ihrem Sinne zu interpretieren und über eine Hintertür doch Zugang zu den Akten zu finden, wurden von Geiger pariert.

Der Jurist und EDV-Fachmann, der nach seinem Staatsexamen bei Siemens die inzwischen für jeden bundesdeutschen Juristen unentbehrliche elektronische Suchdatei „Juris“ entwickelte, ließ sich auf Kompromisse nicht ein, sondern trat sogar zum Gegenangriff an: Es sei verfassungsrechtlich höchst bedenklich, so verkündete er schon am 17. November in der *Tageszeitung*, daß man im Einigungsvertrag den von der Stasi bespitzelten Bürgern die Einsicht in ihre Akten vorenthalten habe.

Begründung: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts stehe jedem Bürger das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu.

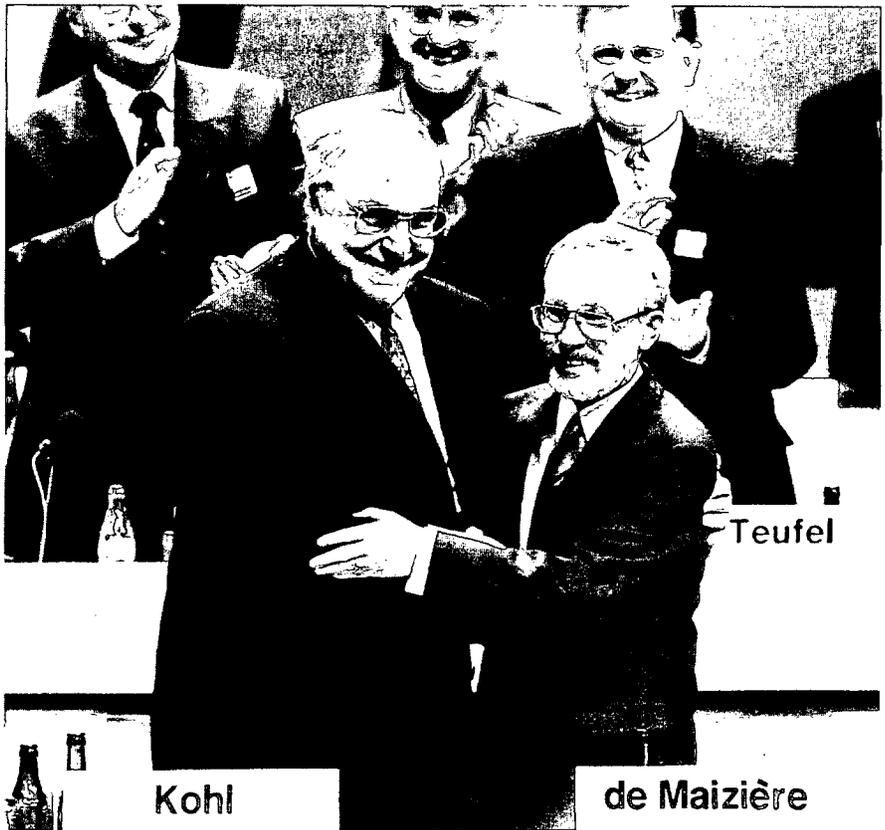
Geiger: „Nur wer weiß, wer was wann über ihn gespeichert hat, der kann seine Menschenwürde zum Ausdruck bringen, der kann sich frei entfalten, wie es das Grundgesetz garantiert.“

Im Klartext: Die gegenwärtige Rechtslage, wonach die Gauck-Behörde nur „nach dem Antragsprinzip“ tätig werden kann, widerspricht dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Geiger: „Ich wünschte mir, daß der Gesetzgeber das ändert.“ Das Gesetz für die Behandlung der Stasi-Akten muß in Bonn erdacht und beschlossen werden.

Nach schnellem Handeln sieht es derzeit nicht aus. Voller Häme registrierten die Ministerialen in Bonn lieber die erste spektakuläre Panne im Hause Gauck.

Kurze Zeit nachdem die Behörde dem thüringischen Tierarzt Eberhard Schiffner, früher Volkskammer-Abgeordneter der CDU, jetzt Landrat in Meiningen, bescheinigt hatte, es lägen über ihn keine belastenden Stasi-Akten vor, mußte der Bescheid widerrufen werden. Plötzlich gab es die Akte, wie das TV-Magazin „Report“ enthüllte, eben doch – peinlich auch für Gauck.

Der Behördenleiter räumt ein, „daß hier ein Fehler gemacht wurde“. Sein Direktor Geiger aber nutzte die Gelegenheit zu einer Klarstellung: Alle Bescheide der Gauck-Behörde stünden unter dem generellen Vorbehalt, daß es eine endgültige Entlastung nur für den geben könne, der wirklich unschuldig sei. „Wer Mitarbeiter der Stasi war und gleichwohl von uns einen für ihn positiven Bescheid erhält – über dem hängt das Schwert weiter am Faden.“



**Parteifreunde Kohl, de Maizière\*: Kein Ende der Affäre?**

Agentenführer Major Hasse vernommen werden. Auskünfte darüber, ob Czerny mit de Maizière identisch ist, könnten ebenso knapp zwei Dutzend hohe Stasi-Offiziere geben, die vor und nach der Wende mit dem Fall befaßt waren.

Da die Akten anscheinend weder gefälscht sind (was Gauck ausschließt), noch Czerny eine Erfindung der Stasi ist (was Schäuble ausschließt), liegt die Beweislast bei de Maizière. Der bewertet seine Notlage so: „Aber ich muß erkennen, daß bei der Bewältigung der Stasi-Problematik die schwierige Situation entsteht, daß der so Beschuldigte seine Unschuld beweisen muß.“

Die SPD-Opposition mag sich mit dem Stand der Dinge nicht zufriedengeben. Sie überlegt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß berufen zu lassen. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Herta Däubler-Gmelin argwöhnt, „daß sowohl das Bundesinnenministerium wie auch das Bundeskanzleramt seit Monaten bereits über die Vorwürfe Bescheid wissen“.

Der Kronzeuge für diesen Verdacht sitzt in der Justizvollzugsanstalt Bonn: Klaus Kuron, ursprünglich als „Counterman“ im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) zuständig für

die Betreuung umgedrehter Stasi-Agenten und selbst acht Jahre lang ein Doppelagent im Sold der Krake.

Seinen Anwalt ließ Kuron eine Erklärung verlesen, die in Bonn berechnete Aufregung auslöste: „Bereits im Juli/August 1990 war dem BfV bekannt, daß Lothar de Maizière als IM für das MfS tätig war.“ Verfassungsschutzchef Gerhard Boeden beeilte sich mit der Feststellung: „Alles, was wir wußten, haben wir den dafür zuständigen Stellen zugeleitet.“

Kuron steuerte noch eine spektakuläre Pointe für den Fall de Maizière bei: „Im August 1990 teilte eine als äußerst zuverlässig geltende Quelle mit, daß eine geheime Suchaktion . . . unter Umgehung des Herrn Gauck stattgefunden habe, mit dem Ziel, alle Herrn de Maizière betreffenden Akten und Hinweise dem MfS-Archiv zu entnehmen.“ Kuron ist so zu verstehen, daß West-Verfassungsschützer Papiere und Unterlagen aus Gaucks Behörde sicherstellen ließen – für wen und zu welchem Zweck?

Nun fragt sich die SPD, ob etwa der Verfassungsschutz und auch dessen vorgesetzte Stellen im Bonner Innenministerium und im Kanzleramt über die Hinweise im Fall de Maizière längst informiert waren, ehe Gauck sein Material vorige Woche in Bonn vorlegen mußte. Kein Ende der Affäre de Maizière?

\* Anfang Oktober auf dem CDU-Parteitag in Hamburg.